

AfA-Bundeskonferenz 2014, 04.-06.April 2014 im Congress Center Leipzig (CCL)

Bericht des AfA-Bundesvorstandes 2012-2014

Der Berichtszeitraum April 2012-2014 war auf Bundesebene geprägt von der Vorbereitung der Bundestags- und Europawahl. Für die AfA ging es vor allem um die Mitwirkung am Regierungsprogramm, an unserer europapolitischen Positionierung und um die Nutzung der Wahlkämpfe zur Stärkung der Organisation in den Betrieben und in der Fläche. Darüberhinaus hatten wir die Folgen der sogenannten Parteireform zu verarbeiten und zu bewältigen. Dennoch hat der AfA-Bundesvorstand zu sehr intensiver und konstruktiver Arbeit gefunden, zentrale Themen bearbeitet und die Kontakte in die Landes- und Bezirksverbände sowie zu Gewerkschaften und Betriebsräten ausgebaut.

I. Inhaltliche Schwerpunkte

Neben einigen Schwerpunktthemen, die die AfA in den vergangenen zwei Jahren bearbeitet hat, hat sie die inhaltlichen Diskussionen während des Entstehungsprozesses des Regierungsprogramms der SPD und des Koalitionsvertrages mit anschließendem Mitgliedervotum kritisch begleitet. Der Bundesvorstand der AfA hat beispielsweise eine Synopse zum Koalitionsvertrag verabschiedet, die die Forderungen im Koalitionsvertrag mit denen von AfA, SPD und DGB vergleicht. Ein Votum, ob die Mitglieder dem Votum zustimmen sollen, gab der Vorstand der AfA nicht ab.

Europa/ESM

Die AfA hat sich im Rahmen der Diskussion um die europäische sogenannte „Euro-Rettungspolitik“ für einen Weg eingesetzt, der Arbeitnehmerrechte nicht in Frage stellt, und in Anlehnung an den vom DGB vorgeschlagenen „Marshallplan für Europa“ nachhaltiges Wachstum ermöglicht. Unsere Position wurde beim entsprechenden Parteikonvent diskutiert und hat zu Teiländerungen des SPD-Beschlusstextes geführt. Die entsprechende Resolution von AfA-Bundesvorstand und – Bundesausschuss beschlossene Resolution „Für Arbeit und Solidarität - Nein zur

sozialen Spaltung Europas „vom 13.11.2012 wurde in die Gremien der Partei eingebracht.

Solidarische Alterssicherungspolitik

Ein Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit der AfA lag in den vergangenen zwei Jahren weiterhin in der Erarbeitung eines solidarischen und zukunftsfähigen Alterssicherungskonzeptes und der Einbringung der eigenen Positionen in die Gremien der Partei. So brachten AfA-Bundesvorstand und –Bundesausschuss nach den bereits in den zurückliegenden Jahren und auf dem Bundeskongress 2012 in Bonn beschlossenen Positionen zur Rentenpolitik, ihre gemeinsam am 28.09.2012 beschlossene Resolution zur Rente in die Gremien der Partei, bzw. in die sogenannte Rentenkommission ein, die von der Parteiführung beauftragt worden war, ein Konzept zur Zukunft der Alterssicherung zu erarbeiten. Nachdem die Arbeit der Rentenkommission zu versanden schien, kam im Vorfeld des 2. Parteikonvents im November 2012 doch noch eine relativ breite Auseinandersetzung zum Thema Rente zu Stande.

Die AfA war in Zusammenarbeit mit den anderen Arbeitsgemeinschaften, insbesondere AG60plus, AsF und Jusos, überaus erfolgreich bei der Durchsetzung der eigenen Positionen, so dass die meisten sich im Rentenkonzept der SPD „Rentenpolitik: Arbeit muss sich lohnen!“ niederschlugen. Die Abschlagsfreiheit bei Erwerbsminderungsrenten, die Sicherung des aktuellen Rentenniveaus bis 2020, die Aussetzung der Rente mit 67, die Möglichkeit für langjährig Versicherte mit 45 Versicherungsjahren abschlagsfrei mit 63 Jahren in Rente gehen zu können, sind nur einige der entscheidenden Punkte.

Bis zuletzt gab es allerdings einen Dissens über die AfA-Forderung nach Korrekturen an der bestehenden Rentenanpassungsformel. Aus unserer Sicht bleiben die beschriebenen Einzelmaßnahmen weitgehend stumpf, wenn die zentrale Ursache für drohende Altersarmut, die bisherige und fortgesetzte schrittweise Absenkung des Sicherungsniveaus in der ersten Säule der Alterssicherung, nicht korrigiert wird.

Die Absenkung des Rentenniveaus wird nun, auch aufgrund der Maßnahmen der Großen Koalition, zulasten der Beiträge und ohne entsprechende Erhöhung des Bundeszuschusses beschleunigt. Die Rentenreform enthält also Verbesserungen für

einige, verfehlt jedoch das primäre Ziel, das System zu stärken, es zukunftsfest zu machen und lebensstandardsichernd zu erhalten.

Der Aufbau einer Demografiereserve und andere dringende Korrekturen zur Stärkung des solidarischen Systems wurden von der Großen Koalition bisher nicht vereinbart. Die AfA wird daher weiter intensiv an diesem Thema arbeiten, ebenso an einer Strukturreform in Richtung Erwerbstätigenversicherung.

Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betrieben

Die AfA hat sich mit neuen Entwicklungen in der Arbeitswelt befasst. In diesem Zusammenhang fand im Februar 2013 eine gemeinsame Sitzung von AfA-Bundesvorstand und –ausschuss statt, bei der IGM-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban u.a. die Anti-Stress-Verordnungs-Initiative der IG-Metall vorstellte.

Gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Die Wiederherstellung einer gerechteren Ordnung auf dem Arbeitsmarkt gehört zu den Kernanliegen der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD. Der AfA-Bundesvorstand hat deshalb in den vergangenen zwei Jahren kontinuierlich dazu beigetragen, dass die Programmatik der SPD in diesem Sinne fortentwickelt wurde.

Wesentliche Forderungen der AfA sind in die Beschlusslage der SPD und in parlamentarische Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion eingeflossen, sei es zur Regulierung von Leiharbeit, zur Eingrenzung von Werkverträgen, zu Fortschritten in der Mitbestimmung oder Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen. Der Koalitionsvertrag enthält wesentliche Elemente dessen, insbesondere eine Stärkung des Tarifvertragssystems.

Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn

Die AfA war eine der ersten Organisationen, die für die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns eingetreten ist. Jetzt – anlässlich der Vorhaben der großen Koalition zum Mindestlohn - muss seine Umsetzung weiter mit Nachdruck vorangetrieben werden. Zum einen darf es keine Ausnahmen vom Mindestlohn geben, zum anderen müssen Wege und Instrumente gefunden werden,

mit denen garantiert ist, dass der Mindestlohn regelmäßig an die Einkommens- und Preisentwicklung angepasst wird, damit der Mindestlohn nicht zum Armutslohn wird.

Kirchliches Arbeitsrecht

Als großer Erfolg kann verbucht werden, dass die Beschlusslage der AfA zum Kirchlichen Arbeitsrecht von der SPD auf dem vergangenen Parteitag in Leipzig übernommen wurde. Beschäftigte im kirchlichen Bereich müssen nicht nur über elementare Grundrechte wie das Streikrecht verfügen. Sie gehören außerhalb des direkten sogenannten Verkündigungsauftrages– in den Geltungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes und brauchen einen wirksamen Schutz vor Diskriminierung.

II. Organisation

II.a Umstrukturierungen und Veränderung der Zuständigkeiten im Willy-Brandt-Haus

Traditionell war das Arbeitnehmerreferat im Willy-Brandt-Haus für die inhaltliche und organisatorische Betreuung der AfA zuständig. Diese Konstruktion wurde von der engeren Parteiführung aufgelöst und stattdessen ein neues Referat „AGs und Themenforen“ geschaffen, das die AfA ausschließlich in organisatorischen Fragen unterstützen soll. Diese Zusammenarbeit funktioniert mit den zuständigen MitarbeiterInnen hervorragend. Das kann jedoch den Umstand nicht beheben, dass eine inhaltliche Zusammenarbeit – die beispielsweise in der Protokollführung, Beschlussumsetzung, in der Vorbereitung von Pressemitteilung, Anträgen und Rechenschaftsberichten bestand - nicht mehr erfolgt, nach Anordnung der Parteiführung nicht mehr erfolgen darf, weder durch das Referat AGs und Themenforen noch durch das Arbeitnehmerreferat der Abteilung Politik. Auch diese Vorarbeiten sind jetzt von den Ehrenamtlichen zu erledigen, genau wie die Bereitstellung von Material für die Internetseite. Die Schulungen der Ehrenamtlichen zur Betreuung der Internetseite waren wiederum mehrmals geplant, fanden letztlich aber nie statt. Insgesamt wurden der AfA durch die Umstrukturierungen erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen entzogen, was das Engagement der

Ehrenamtlichen erheblich erschwert. Gleichzeitig wurde seitens des Parteivorsitzenden mit dem sogenannten Arbeitnehmerbeauftragten eine unnötige, die Arbeit der AfA erschwerende Doppelstruktur geschaffen, bei der Zuständigkeiten unklar sind. Dies wurde u.a. bei den Arbeitnehmerrufenen zur Bundestagswahl, zur Europawahl und zu den Betriebsratswahlen spürbar. Eine breite Mobilisierung scheiterte an Alleingängen, an der AfA vorbei. Es ist ohnehin nicht leichter geworden, Unterstützende zu gewinnen. Wie sich gezeigt hat, kommt die Mobilisierung im Arbeitnehmerbereich ohne die AfA zum Erliegen.

Der Beauftragte wiederum verfügt neben der organisatorischen Unterstützung durch das WBH auch über inhaltliche Zuarbeit durch das Arbeitnehmerreferat der Abteilung II. Statt die AfA zu stärken, auch personell im Willy-Brandt-Haus, wie Sigmar Gabriel es 2009 versprach, hat leider das Gegenteil stattgefunden.

II.b Die Organisationsreform und ihre Auswirkungen auf die Arbeit der AfA

Siehe Antrag des AfA-Bundesvorstands „Parteireform“.

II.c Betriebsgruppenarbeit

Die AfA ist die Betriebsgruppenorganisation der SPD. Als solche können wir beispielweise mit Stolz auf die Tätigkeiten unserer Betriebsgruppe Eisenbahn blicken, die äußerst aktiv und erfolgreich in den vergangenen zwei Jahren für arbeitnehmerfreundliche Regelungen im Vergaberecht gekämpft hat. Dadurch, dass die EisenbahnerInnen auch in den Bundesländern hervorragend vernetzt sind, haben die entsprechenden Konzepte Eingang in zahlreiche Landesvergaberechte gefunden.

Sehr erfreulich ist die Neugründung der Betriebsgruppe Schwerbehindertenvertretungen im Jahr 2013, die sich beispielsweise mit Themen wie Inklusion in der Arbeitswelt und der Neuregelung des SGB IX beschäftigt.

Es existieren darüber hinaus Arbeitszusammenhänge im Bereich Sparkasse und Post.

Es haben Gespräche zwischen dem AfA-Vorsitzenden und den Mitgliedern der Betriebsgruppe Telekommunikation stattgefunden, um ihre Aktivitäten wiederzubeleben und die Strukturen zu festigen. Auch wollen wir parallel zu den Schwerbehindertenvertretungen die Jugend- und Auszubildendenvertretungen vernetzen. Erste Ansätze sind hier erkennbar.

Leider hat sich die Verbindung zwischen AfA und Betriebsgruppen auf Bundesebene verschlechtert, da die Betriebsgruppen im WBH organisatorisch von der AfA getrennt wurden. Sie werden weiter durch das Arbeitnehmerreferat betreut.

II.d Zusammenarbeit mit den anderen Arbeitsgemeinschaften

Die elf Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene arbeiten partnerschaftlich zusammen, suchen Gespräch und Kommunikation. Es besteht vielfach Interesse an gemeinsamen Veranstaltungen, auch in den Gliederungen. Viele der angedachten Kooperationen warten aber aus Gründen von Kosten und Arbeitskapazitäten noch auf eine Realisierung. Besonders eng ist die Abstimmung zwischen den vier großen „klassischen“ AGen AsF, Jusos, 60+ und AfA. Diese wurde auch inhaltlich unterlegt (z.B. beim Thema Rente) und betrifft auch gemeinsame Änderungsvorschläge zur Parteireform.

II.e Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften

Der AfA-Bundesvorstand sah es als seine Aufgabe an, die Beziehungen zu den Gewerkschaften auszubauen. Dies ist auf vielen Wegen und auf vielfältige Weise geschehen. Beispielsweise war der AfA-Bundesvorstand in den vergangenen zwei Jahren mit einem Stand auf dem Deutschen Betriebsrätetag vertreten, um speziell Kontakt zu BetriebsrätInnen aufzubauen, die noch nicht in der AfA eingebunden sind. Dennoch haben die vergangenen Jahre wegen der von der SPD mitverantworteten Politik und wegen des personellen Strukturwandels in Partei und Gewerkschaften viele traditionelle Bindungen gelockert bzw. zerstört. Vertrauen muss vielfach neu gewonnen werden, wobei der AfA ihre inhaltliche Haltung zur Agendapolitik und zur generellen Ausrichtung der Parteispitze durchaus positiv angerechnet wird. Es wird eine Aufgabe des zukünftigen AfA-Bundesvorstandes sein, die Gewerkschaftskontakte zu systematisieren und auf eine geeignete organisatorische Grundlage zu stellen, zumal bisherige

Arbeitsstrukturen zwischen Parteiführung und Gewerkschaften an Bedeutung verloren haben. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, dass diese Problematik nicht allein auf Bundesebene zu lösen ist. In vielen AfA-Gliederungen bestehen enge Bindungen, die wir intensivieren und ausbauen können. Unsere Regierungsbeteiligung, die von den Gewerkschaften unterstützt wurde, bietet ausreichend Stoff für vertrauensbildende Zusammenarbeit.

III. Veranstaltungen

Nicht alle im Berichtszeitraum erfolgten AfA Aktivitäten des Bundesvorstandes und der Landesverbände- und Bezirke können hier aufgeführt werden, daher erfolgt nur eine exemplarische Aufstellung einiger Veranstaltungen:

- **40-Jahre AfA, Festakt 31.08.2013 in Duisburg**

Wie in zahlreichen Landesverbänden und einigen Unterbezirken haben wir auch auf Bundesebene an die Gründung der AfA im Oktober 1973 erinnert. Dies geschah am 31.08.2013 in Duisburg in enger Zusammenarbeit mit der dortigen AfA und Parteiorganisation, denen an dieser Stelle zu danken ist. Es gab eine Mischung aus kulturellem Programm aus der Region und Politik, beispielsweise vertreten durch Michael Sommer, Rudolf Dressler, und den damaligen Schattenminister für Arbeit- und Soziales Klaus Wiesehügel, den früheren AfA-Landesvorsitzenden und NRW-Arbeitsminister Friedhelm Farthmann und den Vorsitzenden der Jugend- und Auszubildendenvertretung von Bayer. Trotz des nicht einwandfreien Wetters und des laufenden Bundestagswahlkampfes war die Veranstaltung zufriedenstellend besucht und fand bei den Teilnehmenden guten Anklang.

- **Gemeinsame Konferenz mit AG60+ zum Thema Rente November 2012**

Im Willy Brandt Haus führte die AfA im November kurz vor dem Parteikonvent zur Rente, gemeinsam mit der AG60plus die Fachkonferenz „Wie geht es weiter mit der Rente?“ durch. Die AfA mit ihrem Bundesvorsitzenden Klaus Barthel und die AG60plus mit ihrer Bundesvorsitzenden Angelika Graf begrüßten dabei hochkarätige

Referenten wie Dr. Joachim Rock vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, Ingo Nürnberger, Abteilungsleiter Sozialpolitik beim DGB, den AfA-Ehrenvorsitzenden Rudolf Dressler und die stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Bettina Schulze. Bei der gut besuchten Konferenz ging es vor allem um die Notwendigkeit der Sicherung und Stärkung der Gesetzlichen Rentenversicherung als besten Schutz gegen Altersarmut. Dazu sei die Funktion der Lebensstandardsicherung durch die Gesetzliche Rentenversicherung zu stärken, so der Konsens der Diskussion.

IV. Gremiensitzungen

- Telefonkonferenzen des Vorstands (monatlich)
- Vorstandssitzungen (21.02.2014; 11.10.2013; 30.08.2013; 22.02.2013; 13.11.2012; 28. 9. 2012, 25.05.2012)
- Sitzungen des Bundesausschusses

Die Sitzungen des AfA-Bundesausschusses fanden jeweils als gemeinsame Sitzungen mit dem Bundesvorstand statt und hatten je ein Schwerpunktthema, zu dem entsprechende ReferentInnen eingeladen wurden:

28. 9. 2012 (Rente mit Oliver Suchy vom DGB-Bundesvorstand)

22.02.2013 (Anti-Stress-Verordnung mit Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied IGM, zudem Gespräch mit Peer Steinbrück über seine Schwerpunkte in der Arbeitnehmerpolitik und die entsprechenden Anforderungen der AfA);

11.10.2013 (Bundestagswahl und Koalitionsverhandlungen);

AfA-Bundesvorstand (gewählt am 21. April 2012):

Vorsitzender: Barthel, Klaus MdB

stellvertretende Vorsitzende:

Hansen, Annegret
Jägers, Wolfgang
Lorenz, Wolfgang
Lutz, Udo

Beisitzer/Beisitzerinnen:

Auerbach, Almut
Baer, Detlef MdL
Brangs, Stefan MdL
Busemann, Wilfried
Frohne, Dirk
Helling, Harald
Keune, Kornelia
Kleinfeld, Renate
Klingel, Alfred
Losert, Dagmar
Schüssler, Olaf
Sigges, Manfred
Wachholz, Gunter
Watzemar, Elke (bis September 2013)
Weber, Frank MdL
Wörner, Ludwig MdL

Ehrevorsitzender: Dreßler, Rudolf

Übersicht über Presse- und Medienarbeit

02.06.2012, Deutschlandradio

Schlecker-Mitarbeiterinnen "nicht direkt in die Arbeitslosigkeit stoßen" - SPD-Abgeordneter verlangt Transfergesellschaft und mehr Aufsicht über "Familienunternehmen" wie Schlecker. (...) "Immer, wenn es um die kleinen Leute geht, ist dieses konservativ-liberale System nicht bereit, zu helfen und einzugreifen", kritisiert Klaus Barthel. Der Sozialdemokrat hält die Bildung eines Fonds mit Überbrückungsgeldern weiterhin für möglich. (...)

13.06.2012, Frankfurter Rundschau

„Kurz vor den entscheidenden Verhandlungen zwischen Koalition und Opposition wächst in der SPD der Widerstand gegen den Fiskalpakt. "So wie das jetzt vorgesehen ist, kann man dem nicht zustimmen", sagte der Vorsitzende des SPD-Arbeitnehmerflügels, Klaus Barthel, der Frankfurter Rundschau. Seine Partei könne nicht zufrieden sein, wenn "der Misthaufen mit roten Geranien bepflanzt wird". Die Sprecherin der Demokratischen Linken, Hilde Mattheis, forderte, die SPD müsse die Bedingungen für eine Zustimmung "deutlich nachschärfen". Auch der südhessische SPD-Chef Gernot Grumbach sagte: "Wir müssen deutlichere Akzente setzen."

25.06.2012, Der Spiegel

„Am Ende kam die Frage doch noch. "Sigmar", sagte der Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel, "wird sich der Parteivorstand bald mit den Anträgen zur Rente befassen?" "Natürlich", beruhigte Gabriel den Parteilinken, "der Vorstand ist unsere Renten-Kommission." Damit war das Ende der Fragen auf dem Parteikonvent der SPD am Samstag vor zwei Wochen erreicht, und alle waren mit der Antwort zufrieden. Alles transparent, nichts läuft im stillen Kämmerlein, das wollte der Parteichef sagen.“...“
Der Parteichef weiß, dass er die Rentenfrage nur zusammen mit den Gewerkschaften lösen kann. Die waren gegen die Agenda- und Rentenreformen auf die Straße gegangen. Nun sollen sie zusammen mit dem Parteichef Richtung Bundestagswahl 2013 marschieren. Im Gegenzug kommt ihnen Gabriel offenbar in zentralen inhaltlichen Fragen entgegen. Der wichtigste Punkt ist das Rentenniveau. Da geht es ans Eingemachte, denn da wird es teuer. Die Rentenformel sieht momentan vor, die Leistungen von 53 Prozent des Durchschnittseinkommens im Jahr 2000 auf 43 Prozent im Jahr 2030 abzusenken. Dagegen rebellieren die SPD-Linken schon seit dem Bundesparteitag im Dezember vergangenen Jahres. Nun scheint Gabriel Gefallen an ihren Ideen zu finden. Die Leistungshöhe soll nun nur minimal abgesenkt werden, so dass im Jahr 2030 rund 50 Prozent erreicht werden.“

25.08.2012, Bildzeitung

„Der SPD droht ein Riesen-Streit über die Rente: Arbeitnehmerflügel, Jungsozialisten und Berliner Landesverband fordern einen Mitgliederentscheid, wollen so die gesetzlich vorgesehene Senkung des Rentenniveaus stoppen! Der Chef der SPD-Arbeitnehmer, Klaus Barthel, zu BILD: "Über die drohende Altersarmut muss in der Partei breit diskutiert werden - ein Mitgliederentscheid ist dafür ein guter Weg." Juso-Chef Sascha Vogt (32): "Die Frage, ob man auch im Alter anständig leben kann, sollte nicht in irgendwelchen Klüngelrunden entschieden werden." Berlins SPD-Chef Jan Stöß (39): "Wenn

das Rentenniveau weiter sinkt, droht vielen im Alter sozialer Abstieg und ein Leben in Armut." Die SPD-Spitze lehnt eine Festschreibung des Rentenniveaus auf heutigem Stand ab. Laut Gesetz soll das Rentenniveau von derzeit rund 50 Prozent auf 43 Prozent bis zum Jahr 2030 sinken.“

03.09.2012, Der Spiegel

...„Nach dem Berliner SPD-Chef Jan Stöß sprechen sich nun auch der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Ralf Stegner und sein Bremer Amtskollege Andreas Bovenschulte dafür aus, das Rentenniveau nicht wie vorgesehen schrittweise abzusenken, sondern auf dem aktuellen Stand einzufrieren. Auch SPD-Arbeitnehmer-Chef Klaus Barthel, der Juso-Vorsitzende Sascha Vogt und Hilde Mattheis, die Chefin der SPD-Linken, unterstützen den Vorschlag. Das Berliner Konzept sieht vor, das Rentenniveau auf dem aktuellen Stand von 51 Prozent des Durchschnittseinkommens festzusetzen. Bislang sollte es schrittweise auf 43 Prozent abgesenkt werden.“...

10.09.2012, Bildzeitung

„In der SPD gibt es Streit um die Rentenpläne von SPD-Chef Gabriel (52)! Berlins SPD-Chef Jan Stöß (39):"Bei der Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent bis 2030 kann es nicht bleiben. Das ist unsozial und ungerecht." Klaus Barthel, Chef des SPD-Arbeitnehmerflügels: "Das Rentenniveau sinkt immer weiter, die Mehrheit bekommt am Ende nur Almosen." Gabriel hält in seinem Vorschlag u. a. an der Rente mit 67 fest und will Betriebsrenten massiv fördern. In einem Schreiben warnte Ralf Stegner, der SPD-Landeschef von Schleswig-Holstein, davor, "in einer wichtigen Gerechtigkeitsfrage Fehler der Vergangenheit" zu vermeiden.“

10.09.2012, Passauer Neue Presse

"Almosen dürfen nicht Ziel der SPD sein" - Klaus Barthel (SPD), Chef der Arbeits-Gemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), drängt auf Änderungen an den SPD-Rentenplänen. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will eine Zuschussrente von 850 Euro für Geringverdiener. Das neue SPD-Rentenkonzept sieht eine Mindestrente in gleicher Höhe vor. Ist es Zeit für eine große Koalition gegen Altersarmut? Klaus Barthel: Wir brauchen einen parteiübergreifenden Schulterschluss gegen Altersarmut. Es ist gut, dass sich beide großen Volksparteien so intensiv mit diesem Thema beschäftigen. Wenn wir nicht gemeinsam reagieren, werden wir es schon in wenigen Jahren mit einer dramatischen Entwicklung zu tun haben. Schon jetzt zeigt sich, dass immer mehr Menschen von ihrer Rente nicht mehr leben können. Sowohl das Konzept von Frau von der Leyen als auch das von Herrn Gabriel haben erhebliche Schwächen. (...)

25.09.2012, Die Welt

(...) Abermals sprachen sich die Vorstandsmitglieder Klaus Barthel, Hilde Mattheis und Sascha Vogt dafür aus, das gesetzlich fixierte Absinken des Rentenniveaus auszusetzen. Dieses Thema lässt das am Montag verabschiedete Papier offen - ebenso wie eine mögliche Angleichung der Ost-Renten an das West-Niveau und die Frage nach der Zukunft betrieblicher Renten. Gabriel wie der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier warnten ihre Partei, sich von dem - einst von der rot-grünen Koalition beschlossenen - Absinken des Rentenniveaus zu distanzieren. Damals war ein

Gesetz verabschiedet worden, wonach das Rentenniveau im Jahre 2030 auf bis zu 43 Prozent absinken darf. (...)

03.10.2012, Bild am Sonntag

Nach Kritik aus der FDP und der Forderung von CSU-Chef Horst Seehofer nach mehr Transparenz beim Steinbrückschen Verdienst spricht sich nun auch der erste SPD-Politiker für Einkommensklarheit beim Kanzlerkandidaten aus. Klaus Barthel, Chef des SPD-Arbeitnehmerflügels, zu BILD am FEIERTAG: "Ich bin für eine Offenlegung der konkreten Nebenverdienste. Peer Steinbrück kann dadurch nur gewinnen. Mit solch einem Schritt für größte Transparenz setzt er seine Kritiker unter Druck, denn es sind Union und FDP, die sich einem Gesetz für eine komplette Offenlegung der Nebenverdienste verweigern."

09.10.2012, Berliner Zeitung

Die SPD-Linke hat Peer Steinbrück aufgefordert, die Sozialpolitik zum Schwerpunkt des Bundestagswahlkampfes zu machen. Nur mit einem Angebot für die unteren und mittleren Gesellschaftsschichten könne die Wahl 2013 gewonnen werden. In dem Positionspapier der SPD-Linken-Chefin Hilde Mattheis und des Vorsitzenden des Arbeitnehmerkreises, Klaus Barthel, wird Glaubwürdigkeit angemahnt. Die SPD-Spitzen müsse sich "zu ihren politischen Fehlern bekennen". Verlangt wird eine Überprüfung der Hartz-Gesetze. Das Rentenniveau müsse dauerhaft über 50 Prozent liegen. Weitere Forderungen sind in einer "Berliner Erklärung" formuliert. Darin plädieren die Parteilinken unter anderem für eine Vermögens- und Erbschaftssteuer, einen Mindestlohn von 8,50 Euro und für Equal Pay in der Leiharbeit vom ersten Beschäftigungstag an. Zu den knapp 30 Erstunterzeichnern gehören die SPD-Chefs von Berlin und Bremen, Jan Stöß und Andreas Bovenschulte.

24.11.2012, Frankfurter Allgemeine Zeitung

Wirksam bekämpfen lasse sich das Lohn- und Sozialdumping in der Postbranche nur mit einem Mindestlohn, den die Gewerkschaft bei 9,80 Euro ansetzen möchte. Nach Einschätzung des SPD-Politikers Klaus Barthel vernachlässigt die Bundesnetzagentur ihren gesetzlichen Auftrag, Lohndumping zu verhindern. Sie dürfe solchen Unternehmen erst gar keine Betriebsgenehmigungen erteilen, meint der stellvertretende wirtschaftspolitische Sprecher der SPD. Das Postgesetz enthält dazu nur die vage Formulierung, dass die Lizenz zu versagen sei, wenn die im Briefbereich üblichen Arbeitsbedingungen "nicht unerheblich" unterschritten werden.

10.12.2012, Saarbrücker Zeitung

Herr Barthel, ist Steinbrück der richtige Kanzlerkandidat? Barthel: Ja, auf jeden Fall. Vor allem deshalb, weil er in seiner Rede klar den politischen Führungsanspruch der SPD nach der nächsten Bundestagswahl reklamiert hat. Es geht um einen kompletten Regierungswechsel, und es geht um einen Politikwechsel. Ist Steinbrücks Stolperstart -Stichwort Vortragshonorare - damit nun vergessen? Barthel: Ich denke, das ist jetzt wirklich weg. Das hat die Stimmung unter den Parteitagsdelegierten eindrucksvoll gezeigt. Bis eben war die SPD-Linke wenig von Steinbrück begeistert. Was hat sich da

konkret verändert? Barthel: Steinbrück hat in den letzten Wochen deutlich gemacht, dass er bereit und in der Lage ist, die inhaltlichen Beschlüsse und die Korrekturen an der Agenda 2010 zu vertreten. Darüber freuen wir uns natürlich sehr. Ist Steinbrück wirklich geeignet, das Thema soziale Gerechtigkeit glaubwürdig zu vertreten? Barthel: Mit seiner Rede hat Steinbrück gezeigt, dass er Sozialpolitik auch kann. Aber es braucht auch ein Team, das dieses Thema glaubwürdig abdecken kann. Wahlen werden in der Mitte gewonnen, sagt Steinbrück. Ist eine Konzentration auf die Armutsbekämpfung da das richtige Rezept? Barthel: Das ist ein Thema für die Mitte der Gesellschaft. Denn die Armut ist mittlerweile auch dort angekommen. Wie müssen die Themen aufgreifen, die die Menschen bedrücken, und da gehört die soziale Gerechtigkeit klar dazu. Auch die CDU will Lohnuntergrenzen und eine Art Mindestrente. Obendrein ist Angela Merkel sehr beliebt. Wie will die SPD da punkten? Barthel: Die CDU spitzt zwar den Mund in der Sozialpolitik, aber sie pfeift nicht. Ihre Pläne sind nur Placebos. Das Programm der SPD ist hier wesentlich überzeugender, als das was Schwarz- Gelb macht. Und wenn wir es schaffen, den Kandidaten und das Programm glaubwürdig zusammenzuführen, dann hat auch Angela Merkel schlechte Karten. Bei der inhaltlichen Debatte im Wahlkampf wird sich zeigen, was ihre Beliebtheitswerte tatsächlich wert sind. Müsste die SPD nicht auf die Linkspartei zugehen, um ihren angepeilten Richtungswechsel glaubwürdig zu vertreten? Barthel: Es nützt uns nichts, über bestimmte Koalitionen zu diskutieren. Erst einmal geht es um sozialdemokratische Inhalte. Damit werden wir gewinnen. Und nicht damit, das wir der einen oder anderen Seite hinterherlaufen.

28.06.2013, Berliner Kurier

Dem KURIER liegt eine Auswertung aller Protokolle der Plenarsitzungen im Bundestag aus den letzten zehn Jahren vor (1. Mai 2003 bis Ende Mai 2013). Das erstaunliche Resultat: Es gibt tatsächlich Abgeordnete, die während eines ganzen Jahrzehnts kein einziges Mal gefehlt haben. Die Namen: Markus Grübel (53), Christian von Stetten (42), Günter Baumann (65, alle CDU), Klaus Barthel (57, SPD) und Franz Obermeier (66, CSU). SPD-Verkehrsexperte Hans-Joachim Hacker (63) hat ebenfalls nie gefehlt, lediglich nach eigenen Angaben "im letzten Jahr einmal vergessen, mich in die Anwesenheitsliste einzutragen". Es sind die "fleißigsten" Abgeordneten Deutschlands - jedenfalls die, die offenbar besonders gewissenhaft sind, wenn es um die Teilnahme an den Plenarsitzungen des Bundestages geht. In der Regel ist dies von mittwochs bis freitags an durchschnittlich 22 Wochen im Jahr.

19.08.2013, Deutschlandradio

"Aus jeder Äußerung von Sozialdemokraten werden Widersprüche konstruiert" - SPD-Wirtschaftspolitiker verteidigt Steuerpläne der SPD. (...) Gerechtere Lastenverteilung, Kampf gegen Steuerdumping und Schuldenabbau: Der Vorsitzende der SPD-internen AG für Arbeitnehmerfragen, Klaus Barthel, fordert einen Themenwahlkampf. Man brauche keine "Koalitionsspektakel", die SPD wolle ohnehin "einen kompletten Regierungswechsel".

14.10.2013, Ostsee-Zeitung

Der Vorsitzende des Arbeitnehmerflügels der Union (CDA), Karl- Josef Laumann, sagte, die Höhe des Mindestlohns könne von einer Kommission aus Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretern festgelegt werden. Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs (CDU) mahnte: "Die Höhe des Mindestlohns darf nicht vom Gesetzgeber bestimmt werden, auch nicht beim Start. " Dagegen sagte der Vorsitzende der SPD-Arbeitnehmerschaft, Klaus Barthel: "8,50 Euro pro Stunde sind der Startpunkt für den Mindestlohn, der von der Bundesregierung festgelegt werden muss. "

17.10.2013, Bildzeitung

Der Chef der Arbeitnehmer in der SPD, Klaus Barthel, ist offen für mögliche Sondierungen über Rot-Rot-Grün! Barthel zu BILD: "Wenn die Union der SPD in Fragen wie Rente und Neuordnung auf dem Arbeitsmarkt nicht entgegenkommt, muss in der Partei über alle möglichen Konstellationen neu nachgedacht werden. Dazu zählen auch Sondierungen mit Grünen und Linken."

25.10.2013, Handelsblatt

Den Abbau der kalten Progression verlangt auch der CDU-Wirtschaftsflügel. Er wendet sich zudem gegen "Maßnahmen, die die Flexibilität im Arbeitsrecht einschränken, wie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung oder unverhältnismäßige Änderungen bei der Zeitarbeit", wie es in dem Papier heißt. Stattdessen fordern Wirtschaftsrat, Parlamentskreis und Mittelstandsvereinigung sowie die Handwerker einmütig, behertzt Bürokratie abzubauen. Auch müsse die Förderung von Ökostrom sinken. Das CDU-Papier war in den letzten Tagen erstellt worden. Zu Verhandlungen über den Mindestlohn sagte PKM-Chef Christian von Stetten: "Wenn wir nach sechs, sieben oder acht Wochen Koalitionsverhandlungen nicht zusammenkommen, wird es Neuwahlen geben." Kritik kam umgehend aus der SPD. "Die Unionsspitze muss schleunigst klären, ob es bei diesem Papier um Nachhutgefechte zur Beruhigung der eigenen Klientel geht oder ob dies die Linie von CDU und CSU bei den Koalitionsverhandlungen darstellt", sagte Klaus Barthel, Chef des Arbeitnehmerflügels AfA. "Sollte Letzteres der Fall sein, muss sich die Kanzlerin wohl einen anderen Partner als die SPD suchen", sagte er. Darauf wiederum reagierte von Stetten. "Der linke Flügel der SPD muss ja ganz schön nervös sein, wenn die bloße Aufzählung von Punkten aus unserem Wahlprogramm zu einer solchen Eruption wie beim Kollegen Barthel führt", sagte er und bezeichnete die Kritik als "Klassenkampfpapieren".

29.10.2013, Frankfurter Rundschau

So ist Gabriel nach Informationen der Frankfurter Rundschau bereit, der Union in der Rentenpolitik entgegenzukommen. Dort dringt die SPD auf einen abschlagfreien Ruhestand nach 45 Versicherungsjahren. Die Union will die Altersgelder von Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, aufstocken. Beide Leistungen würden jeweils rund zehn Milliarden Euro kosten. Bislang hatte die SPD stets darauf beharrt, die verbesserte Mütterrente als versicherungsfremde Leistung aus Steuermitteln zu bezahlen. So steht es auch im SPD-Wahlprogramm. Doch die dafür erforderlichen Steuererhöhungen lehnt der mögliche Koalitionspartner ab. Gabriel erklärte nach Teilnehmerangaben nun, die Mütterrente könnte aus Beitragsgeldern der Rentenkasse finanziert werden. Dafür erntete er

scharfe Kritik der Parteilinken Klaus Barthel und Elke Ferner, die befürchten, dass damit der Spielraum für eine Ausweitung der Erwerbsminderungsrente schrumpft. Ein Kompromiss mit der Union würde durch Gabriels Kurswechsel aber näher rücken.

13.11.2013, Passauer Neue Presse

Die Tür für Rot-Rot-Grün wird aufgestoßen - so wie es sich nicht nur die Parteilinke wünscht. Diese Machtperspektive jenseits der Rolle des Juniorpartners in einer Großen Koalition wird jedoch an drei Bedingungen geknüpft: Neben einer stabilen und verlässlichen parlamentarischen Mehrheit und einem "verbindlichen und finanzierbaren" Koalitionsvertrag müsse auch "eine verantwortungsvolle Europaund Außenpolitik" im Rahmen der deutschen internationalen Verpflichtungen gewährleistet sein - gerade Letzteres fehle bei der Linkspartei, hatte die SPD-Führung stets kritisiert. "Es ist gut, dass die Rot-Rot-Grün-Option jetzt aufgeschrieben wird, damit nicht wieder kurz vor einer Wahl erneut debattiert wird", sagt Klaus Barthel, Chef der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). "Wir setzen damit auch die Linkspartei unter Zugzwang sich zu ändern, wenn sie mit uns regieren will."

26.11.2013, Bildzeitung

SPD-Linke warnt vor Postenverteilung - Berlin - Die SPD-Linke will die Verteilung von möglichen Ministerposten vor der Mitgliederbefragung verhindern! SPD-Arbeitnehmerchef Klaus Barthel zu BILD: "Ich kann die Parteispitze nur davor warnen!"

29.11.2013, Frankfurter Allgemeine Zeitung

Einmütig wurde der Koalitionsvertrag im Parteivorstand und in der Fraktion gebilligt. Von einer Trendwende wollen die Genossen in Berlin noch nicht sprechen, doch zeigen sie sich inzwischen verhalten optimistisch, dass das Mitgliedervotum gut ausgeht. Kritik gibt es nur noch sehr vereinzelt. Klaus Barthel etwa, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, glaubt entdeckt zu haben, dass die SPD zwar die Überschriften gewonnen hat, die Union aber manches Kleingedruckte - beim Mindestlohn, wo es Ausnahmen gebe, aber auch in der Rentenpolitik.

11.12.2013, Handelsblatt

Die Vereinbarungen der Union zur Leiharbeit sind dem Vorsitzenden des SPD-Arbeitnehmerflügels Klaus Barthel nicht genug. Die Koalitionsvereinbarung zur Leiharbeit müsse deutlich verschärft werden. Nach Ansicht des Vorsitzenden des SPD-Arbeitnehmerflügels, Klaus Barthel, zeigt das Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) über den Dauereinsatz von Leiharbeitern, wie notwendig eine klare gesetzliche Regelung ist. Die Vereinbarungen mit der Union zur Leiharbeit hält er dafür jedoch für nicht ausreichend. Eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, sei nur ein Kompromiss für den Anfang. "Auch wenn es nicht explizit erwähnt ist, macht eine solche Regelung nur Sinn, wenn sie kontrolliert und sanktionsbewehrt ist. Das halte ich für selbstverständlich", sagte Barthel Handelsblatt Online. Dabei müssten auch "Drehtür-Effekte" unterbunden werden. "Ab dem ersten Tag nach 18 Monaten hat ein unbefristetes Arbeitsverhältnis als begründet zu gelten", forderte Barthel.

28.12.2013, Der Tagesspiegel

Zwei Wochen nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags gibt es bereits Streit über dessen Auslegung. Unterstützt von den Gewerkschaften fordern SPD-Experten, für die geplante abschlagsfreie Rente mit 63 auch "unbegrenzt" Zeiten von Arbeitslosigkeit anzurechnen. So sei die Regelung der SPD- Basis beim Werben für den Koalitionsvertrag verkauft worden, sagte der Chef der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Klaus Barthel, dem Tagesspiegel. Die Union dagegen pocht darauf, bei den erforderlichen 45 Beitragsjahren nur bis zu fünf Jahre Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Dies sei "das Maximum", sagte der CDU-Haushälter Norbert Barth le. "Mehr wird es nicht geben."

17.01.2014, Saarbrücker Zeitung

Der linke SPD -Flügel kritisierte die Pläne scharf: "Wir sind immer davon ausgegangen, dass Zeiten der Arbeitslosigkeit bei der Rente mit 63 generell angerechnet werden. Das hat die SPD auch im Wahlkampf vertreten", sagte der Chef des Arbeitnehmerflügels, Klaus Barthel. Die geplante Abgrenzung, nur das Arbeitslosengeld I zu berücksichtigen, sei willkürlich und unbefriedigend. "Die Altersarmut wird dadurch nicht bekämpft." Dagegen stellte die Wirtschaft die Rente mit 63 generell in Frage. Während Deutschland anderen Ländern rate, das Rentenalter zu erhöhen, tue man selbst das Gegenteil. Das sei unglaublich, sagte Ulrich Grillo, Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

25.01.2014, die tageszeitung

Klaus Barthel ist Chef der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD und unzufrieden mit der Lage der Partei. Am Sonntag wird der Bundesparteitag Yasmin Fahimi zur neuen SPD Generalsekretärin wählen – vorher adressiert Barthel schon mal, wo es langgehen soll. "Die SPD muss als eigenständige Kraft in der Großen Koalition erkennbar bleiben. Das betrifft vor allem das Kerngeschäft Arbeit und Gerechtigkeit", so der AfA-Chef am Freitag zur taz. Der SPD-Linke sieht die Gefahr, dass die Partei "nur noch im Berliner Raumschiff kreist". Richtung neuer Generalsekretärin fordert Barthel eine Überarbeitung der 2011 beschlossenen Parteireform. Damals hatte die SPD Mitgliedern mehr Rechte in der Kandidatenaufstellung für öffentliche Ämter eingeräumt. Zudem war der Vorstand verkleinert und das Präsidium abgeschafft worden. "Diese Reform hat mehr Unverbindlichkeit geschaffen und den Bewegungsspielraum der Parteiführung einseitig vergrößert", so der Bayer. Ortsvereine und Unterbezirke seien geschwächt, Arbeitsgemeinschaften und Landesverbände "systematisch entmachtet worden". Die Partei leide unter "zu wenig programmatischen Debatten". Barthels skeptisches Resümee: "Das macht die SPD langweilig."

Der AfA-Bundesvorstand dankt den vielen KollegInnen und GenossInnen, die unsere gemeinsamen Ziele und unsere Arbeit mit Rat und Tat unterstützt haben. Dieses Engagement kann hier nicht angemessen beschrieben werden. Wir müssen es dennoch umso mehr schätzen.